

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/3

Bonn, den 20. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Entschlossen und verantwortungsbewußt</u> Der Weg in Richtung Entspannung und Frieden wird fortgesetzt	38
2	<u>Warum die Jugend in Jugoslawien rebelliert</u> Eine jugoslawische Analyse Von Dragoljub Micunović, Soziologieassistent, Belgrad	27
3	<u>Nachahmenswertes Beispiel</u> "Politischer Abendschoppen" in Hannover	32
4 - 5	<u>Frankreichs Juniwahl</u> Aufmarsch der Parteien Von Georg Scheuer, Paris	82

SELBSTERSTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Doppelt so viel Mittel in das Zonenrandgebiet
Wehner fordert Zonenrand-Bevollmächtigten
Oder-Keiße-Linie respektieren
Neue östliche Schikanen im Berlin-Verkehr
Sudetendeutsche Bereitschaft zum Gespräch
Die Deutschen sind "ein wichtiges Prozent"
Erniedrigte Gebühren bei Familienzusammenführungen
Ostdeutsches Erbe nicht ins Museum sperren

* * *

*

Entschlossen und verantwortungsbewußt

Der Weg in Richtung Entspannung und Frieden wird fortgesetzt

sp - Die ursprünglich für eine allgemeine Diskussion über die deutsche Außenpolitik vorgesehene Bundestagsdebatte mußte sich zwangsläufig aufgrund der neuen von Ostberlin ausgehenden Schikanen auch mit dem Berlinproblem befassen. Ob man in Ostberlin dies beabsichtigte, ist schwer zu sagen. Möglicherweise rechneten Kreise um Ulbricht sogar damit, daß der Bundestag gerade wegen der Situation Westberlins auf die Aussprache über die Grundzüge der allgemeinen deutschen Außenpolitik verzichten würde.

Gründe für diese Vermutung gibt es genug. In Ostberlin weiß man genau, daß die ständigen Störmanöver einer vernünftigen Entwicklung im Verhältnis der beiden Teile Deutschlands zueinander auf die Dauer gesehen denjenigen in Mißkredit bringen, der sie auslöst - Ostberlin. Vielleicht bestand daher die stille Hoffnung, in Bonn werde man angesichts der ostberliner Provokationen zu den Fehlern der Vergangenheit zurückkehren und auf einen Schein anderthalbe setzen.

Das ist nicht geschehen. Bundesregierung und Bundestag haben sich zu keiner sinnlosen Reaktion auf die ostberliner Schikanen hinreissen lassen. Die Hilfe für Berlin wird verbessert und in Ostberlin wird man sehr bald einsehen müssen, daß die Bundesrepublik auf wirtschaftlichem Gebiet noch viel leistungsfähiger - auch im Sinne einer effektiven Berlinhilfe - ist, als es Ulbricht und seine Freunde wahrhaben wollen.

Auch der Versuch Ostberlins, die Entspannungspolitik der Regierung der Großen Koalition zu stören, ist gescheitert. Der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister und die Sprecher der Fraktionen im Bundestag haben unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß der freie Teil Deutschlands entschlossen ist, die Politik der Entspannung und Friedenssicherung fortzusetzen, wie sie in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 festgelegt wurde.

Gewiß, es mag Nuancen in der Beurteilung der Situation geben; auch Ungeduld kann sich hier und dort bemerkbar machen. Im Grundsatz jedoch sind sich alle verantwortungsbewußten Kräfte der Bundesrepublik darüber einig, daß nur auf dem Weg über die Entspannung und der Anbahnung einer gerechten Friedensordnung in Europa auch die nationalen Probleme unseres Volkes und die unserer Nachbarn in Ost und West gelöst werden können. Nadelstiche und Provokationen gegen eine solche sicher auch von der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes befürworteten Politik werden denjenigen isolieren, von dem sie ausgehen. Und das wird in keinem Fall die Bundesrepublik Deutschland sein.

Warum die Jugend in Jugoslawien rebelliert

Eine jugoslawische Analyse

Von Dragoljub Mitunović, Soziologieassistent, Belgrad

Die Massen der Jugend sind zum Träger der fortschrittlichen Bewegung geworden. Unbelastet von den Vorurteilen, die auf dem Boden vergangener Epochen gewachsen sind, desinteressiert an der Erhaltung des Bestehenden, war die Jugend immer jener Teil der Gesellschaft, der sich für äußerste moralische und politische Sauberkeit eingesetzt hat. Es fällt immer schwerer, die Jugend zu manipulieren, und das ist es, was die Führung der politischen Parteien stört.

Die Jugend protestiert zu Recht gegen die Manipulierung, gegen die veraltete Welt der Erwachsenen, gegen die versklavende gesellschaftliche Integrität, gegen die moralischen Beckmesser, die leere ideologische Rhetorik, die lügnerische gesellschaftliche Übereinstimmung - sie ist gegen die Stagnation der gesellschaftlichen Entwicklung, gegen die dumme Selbstzufriedenheit, gegen den Konformismus und die Privatisierung, gegen die Dehumanisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen, gegen den Paternalismus, gegen die zahllosen Versuche, Druck auszuüben, gegen die Kommerzialisierung und seelische Wüste, gegen Zwang von Seiten des Staates, der Familie, der Gesellschaft, mit einem Wort: gegen die zeitgenössische Gesellschaft und ihre Institutionen.

Alle Schreie der Kleinbürger, diese Bewegung verurache ein Chaos, habe kein Programm und es sei unklar, wohin sie tendiere, gehen im übereinstimmenden Chor der Jugend unter. Vielleicht weiß man wirklich nicht, wohin die Proteste der Jungen führen, aber es sieht so aus, als habe die Jugend erkannt, wohin diese Gesellschaft marschiert, und darum die Proteste gegen einen Weg in eine neblige Welt der technokratisch-bürokratischen Manipulation, in eine Welt ohne Freiheit, ohne Individualität, ohne Seele und Moral.

Nachahmenswertes Beispiel

"Politischer Abendschoppen" in Hannover

sp - Die Sozialdemokraten in Hannover haben sich etwas einfallen lassen. Seit einiger Zeit veranstalten ihre Stadtbezirke einen "Politischen Abendschoppen", zu dem der Oberbürgermeister, die Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Landesminister, Mitglieder der Ratsfraktion sowie Stadträte interessierte Bürger einladen. Hierbei werden Fragen aus der Kommunalpolitik, aber auch aus der Landes- und Bundespolitik diskutiert. Man unterhält sich über den U-Bahnbau in der Stadt Hannover, über die Vorbereitung eines Kirchenfestes und andere städtische Probleme. Ein Pfarrer will wissen, wie die SPD ihr Verhältnis zur sogenannten außerparlamentarischen Opposition zu gestalten gedenkt, ein Arzt fragt den Sozialminister des Landes Niedersachsen nach dem Bau von weiteren Krankenhäusern und der Betreuung des Pflegepersonals durch das Land, ein anderer Bürger will wissen, wie man sich in der Stadt Hannover eine noch bessere Betreuung der alten Menschen vorstellt, die nicht mehr selbst für sich sorgen können und ein junger Berufsschullehrer versetzt den Oberbürgermeister in Erstaunen, als er mitteilt, daß die Bereitstellung von DM 300,- für ein wichtiges Lernmittel Schwierigkeiten bereitet.

Auf alle Fragen wird fach- und sachkundige Antwort gegeben. Niemand weicht unbequemen Hinweisen aus, jeder spricht offen und erhält eine offene Antwort.

Die Sozialdemokraten der Stadtbezirke in Hannover wollen ihren "Politischen Abendschoppen" zu einer ständigen Einrichtung machen. Die bisherigen Erfahrungen sind sehr aufschlußreich. Man hat festgestellt, daß ein hoher Prozentsatz der eingeladenen Bürger den Einladungen Folge leistet und man ist überzeugt, daß sich im Laufe der Zeit in allen Stadtbezirken ein reger Gedankenaustausch zwischen den Trägern der politischen Verantwortung und auch jenen Bürgern ergeben wird, die sich noch keiner Partei angeschlossen haben. Die Initiatoren meinen, daß sie ein gutes Beispiel für die Demokratisierung des öffentlichen Lebens geben und würden es begrüßen, wenn auch in anderen Städten der Bundesrepublik ihr "Politischer Abendschoppen" Schule machen würde. Die bisher erzielten Erfolge in Hannover berechtigen zu diesem Wunsch.

+ + +

Frankreichs Juniwahl

Aufmarsch der Parteien

Von Georg Scheuer, Paris

Die Französische Nationalversammlung wird am 23. und 30. Juni neu gewählt, 15 Monate nach den letzten Wahlen (März 1967). Diese unerwartete Vorverlegung ist eine Folge der Mairevolution. Die Wahlen sollen die Unruhe stoppen oder wenigstens in legale Bahnen lenken.

General de Gaulle begründete die Ausschreibung dieser Neuwahlen mit der überraschenden Bemerkung, der bisherigen Nationalversammlung habe es an einer eindeutigen Mehrheit gefehlt. Tatsächlich verfügte die gaullistisch-konservative Koalition nur über eine knappe Mehrheit und auch die war nicht sicher. Für die nächsten Wahlen erhofft das Regime also nicht nur eine Bestätigung, sondern verstärkte Positionen.

Argumente von rechts bis links

Die Gaullisten operieren dabei hauptsächlich mit dem Argument, eine angeblich von links kommende "Umsturzgefahr" müsse abgewehrt werden. Die gaullistische Union hat zu diesem Zweck wieder ihren Namen geändert und präsentiert sich als UDR ("Union zur Verteidigung der Republik"). Die Maiputschisten als Verteidiger der Republik, nicht nur der Fünften, sondern der Republik schlechthin, das entbehrt nicht einer bitteren Ironie.

Die Konservativen unter der Führung von Giscard d'Estaing kandidieren in vielen Wahlkreisen unter eigener Flagge ("Unabhängige Republikaner") und wollen erst im zweiten Wahlgang Abkommen mit den Gaullisten schließen, denen sie Wankelmütigkeit vorwerfen. Die "Giscardisten" hoffen, nach de Gaulle die Führung einer Fünften Republik zu übernehmen.

Das Zentrum (GD) schwankt zwischen den gaullistisch-konservativen Bürgerblock und der demokratischen Linksoption. Der Vorsitzende der GD-Parlamentsfraktion, Jacques Duhamel, neigt mehr zur Regierungsmehrheit, der Parteivorsitzende Jean Lecanuet hingegen ist im Entscheidungsfall sicher für ein Zusammengehen mit der demokratischen Linksoption.

Verbindungen zur Sozialdemokratischen Linksföderation (FGDS) wurden während der Mai-Krise neu geknüpft. Lecanuet hatte nach de Gaulles Rücktrittsdrohung "eine Regierung des öffentlichen Heils" empfohlen, war aber auch mit der geplanten Übergangsregierung Mendes-France einverstanden, die alle Linkskräfte, einschließlich des Zentrums, umfassen sollte. Mit Mitterrand, Mollet und Defferre präsentiert sich die FGDS als "echte Alternative zum gaullistischen Regime".

Kommunisten präsentieren sich als "Partei der Ordnung"

Das Verhältnis zur Kommunistischen Partei Frankreichs hat sich trotz monatelanger Debatten und Protokolle nicht sonderlich gebessert. Während die FGDS in den entscheidenden Wahlen eine provisorische Übergangsregierung vorbereitete, ist diese Initiative von der KPF torpediert worden; Moskau wünschte keinen Regimewechsel im Elysée. Dementsprechend sabotierte die kommunistische CGT-Gewerkschaft den Generalstreik und die Studentenrevolution. Hier liegt der Schlüssel für den Verlauf der französischen Ereignisse. Die KPF empfiehlt sich als "Partei der Ordnung" und versucht zugleich auch aus der revolutionären Stimmung der Arbeiter und Studenten einen Stimmengewinn zu schlagen, um so mehr, als die linkskommunistischen Rivalen (Trotzkisten und Maoisten) jetzt polizeilich verboten sind und nicht mehr kandidieren können.

Beachtlich sind die Bemühungen der Unabhängigen Sozialisten (PSU), die erstmalig in den meisten Wahlkreisen kandidieren; insbesondere Mendes-France in Grenoble. Sie stehen den Studenten- und Arbeiterbewegungen der letzten Wochen geistig am nächsten. Ob sie diese Sympathien in Stimmengewinne umsetzen können, ist ungewiß. Die meisten "Revolutionäre" lehnen den Umweg ab. Hinzu kommt, daß einige Hunderttausende Jungwähler nicht stimmberechtigt sind, weil das Regime eine Neuaufgabe der Wahllisten abgelehnt hat.

Fehlzündung?

Auf Linkstimmen kann das gaullistische Regime nach den letzten Ereignissen kaum noch rechnen. Eine Reihe von prominenten Linksgaullisten wie der frühere Agrarminister Pisani haben sich vom offiziellen Gaullismus endgültig losgesagt und kandidieren unter eigener Flagge. Diese Gruppierung wird, falls sie Parlamentssitze erringt, voraussichtlich unabhängig bleiben und bei wichtigen Abstimmungen gegen das Regime stimmen.

Andererseits ist es fraglich, ob General de Gaulle mit der plötzlichen OAS-Arrestie - Heimkehr Bidaults, Freilassung von Salan und anderer Putschoffiziere - tatsächlich die Million Rechtswähler gewinnen kann, die normalerweise für Tixier-Vignancourt stimmten. Wohl sieht ein Teil der Rechtsopposition im Linksdreieck die Hauptgefahr, ein anderer Teil aber - insbesondere die Algerien-Franzosen - ist immer noch von Gaullismus durch einen Graben getrennt.

Bezeichnend hierfür ist der Aufruf Bidaults, im ersten Wahlgang weder sozialistisch noch gaullistisch, wohl aber für das Zentrum und auch für die Föderation zu stimmen. Im gleichen Sinn äußerte sich Soustelle in der Pariser Zeitung "Combat". Salan hat diese Erklärung abgelehnt, und Hauptmann Argoud erklärte nach seiner Freilassung lakonisch: "Nach fünfjähriger Haft machen wir uns keine Illusionen: Ohne die Barrikaden des Quartier Latin hätte sich wahrscheinlich nichts geändert. Die Ereignisse des Mai 1968 sind der wirkliche Grund unserer Entlassung." Man hat den Eindruck, daß die vom Gaullismus präparierte Angst-Bombe nur zum Teil zündet.